



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Aus der Wintersession aus Bundesbern
von *Nina Fehr Düsel*

Seite 2

Kanton Zürich

Vorweihnachtlicher Schlusspurt
von *Romaine Rogenmoser*

Seite 3

Aktuell

Asylzentrum abgelehnt – klares Signal nach Bern
von *der SVP Dietikon*

Seite 4

Parlamentsgemeinden

SVP Zumikon bodigt Asylzentrum
von *Marc Wachter*

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Bächtelishöck SVP Herrliberg
2. Januar 2026

Seite 8

ANALYSE DER VERGANGENEN ABSTIMMUNGEN

Vernunft siegt über Ideologie

Der Abstimmungssonntag vom 30. November hat ein starkes Zeichen gesetzt – für freie Mobilität, für Eigentumsschutz und Verantwortung. Die Zürcher Stimmbevölkerung sagte Ja zur Mobilitätsinitiative der SVP und lehnte gleichzeitig das kommunistische Vorkaufsrecht, die unfaire Ausweitung der Prämienverbilligungen sowie die beiden nationalen Initiativen deutlich ab.

Dieser Sonntag war damit ein Erfolg auf der ganzen Linie – für die Schweiz und insbesondere auch für den Kanton Zürich.

Ja zur Mobilitätsinitiative: Tempo-30-Irrsinn gestoppt

Mit der klaren Annahme unserer Mobilitätsinitiative hat der Kanton Zürich entschieden, dass flächendeckende Tempo-30-Regimes auf Hauptverkehrsachsen nichts verloren haben. Viel zu lange konnten die Städte Zürich und Winterthur mit ihrer Anti-Verkehrs-Ideologie unsere Bürger gängeln. Doch jetzt ist Schluss! Der Entscheid stärkt den fließenden Verkehr, ermöglicht Rettungsdiensten ihren nötigen Einsatz und verhindert Ausweichverkehr durch Wohnquartiere.

Vor allem zeigt das Resultat eines: Die Bevölkerung hat genug von ideologisch motivierter Verkehrspolitik, die Stau fördert und die Mobilität mit künstlichen Tempolimits bremst. Dieser Sieg ist ein wegweisendes Signal – nicht nur für die SVP, sondern für alle, die auf eine funktionierende Mobilität angewiesen sind. Der Kanton Zürich hat es vorgemacht – die Karten

für eine schweizweite Wende stehen gut!

Eigentumsgarantie bewahrt – Keine Prämienverbilligung für reiche Sozis

Ebenso klar wurde das kantonale Vorkaufsrecht abgelehnt. Die Zürcher Bevölkerung hat damit verhindert, dass Gemeinden sich auf dem freien Markt systematisch in Privateigentum einkaufen können. Der deutliche Entscheid ist ein Bekenntnis zu Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Verantwortung statt staatlicher Auswüchse. Angenommen wurde der Gegenvorschlag des Kantonsrats, der mit zinslosen Darlehen des Kantons Zürich günstigen Wohnraum fördern soll.

Auch die geplante Ausweitung der Prämienverbilligungen – eine Umverteilung mit der Giesskanne, die selbst Gutverdienende begünstigt hätte – fand zu Recht keine Mehrheit. Es ist ein deutliches Nein zu einer Politik, die nur Kosten verursacht, ohne strukturelle Probleme (unbegrenzte Zuwanderung!) zu lösen. Auch nach dem vierten Anlauf hat das Stimmvolk nun die Prämienverbilligung für reiche Sozis untergehen lassen. Ob die Linken den «Wink» jetzt verstanden haben?

Service-citoyen-Initiative: Zwang statt Freiheit? Nicht mit der Schweiz!

Auch auf nationaler Ebene dürfen wir zwei wichtige Erfolge verbuchen. Mit

dem wuchtigen Nein (84,1%) zur Service-citoyen-Initiative wehrte sich die Bevölkerung gegen ein lückenhaftes Pflichtsystem für alle – unabhängig davon, ob ein solcher Eingriff überhaupt nötig oder sinnvoll wäre. Dieser

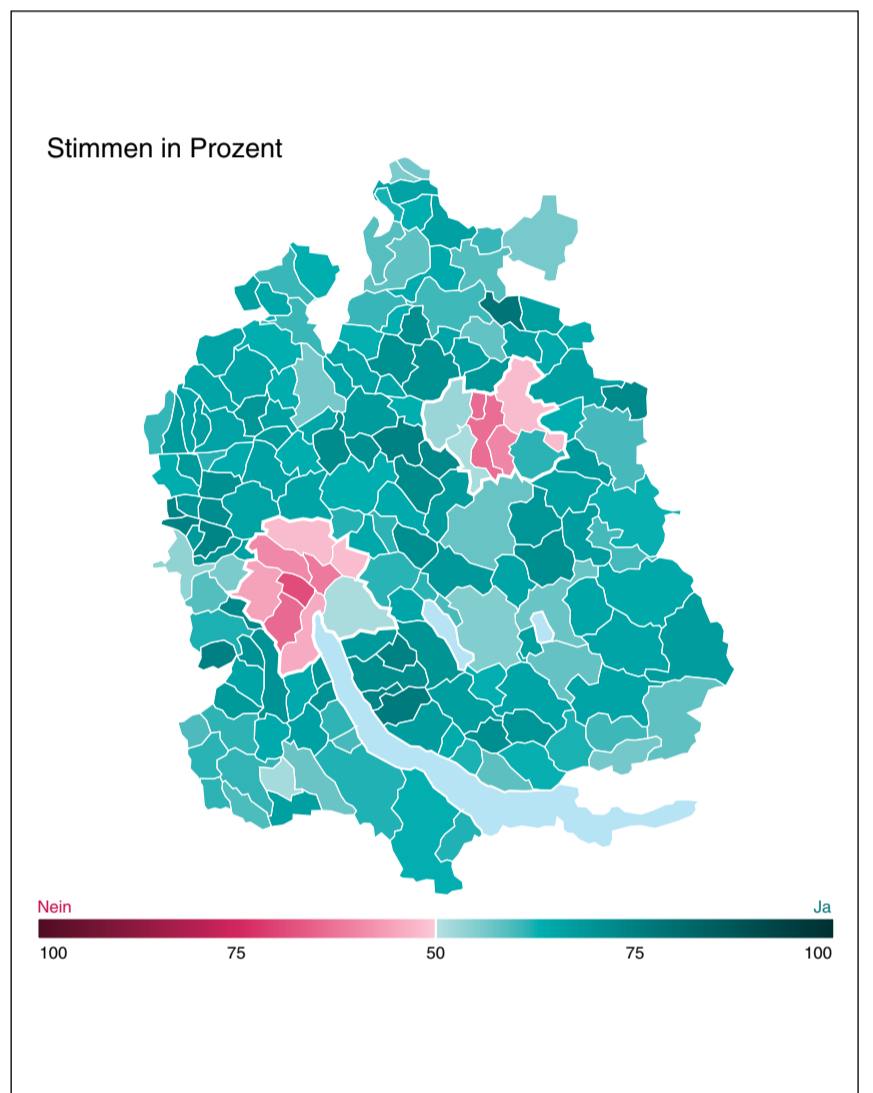
«Diese Abstimmungserfolge wären ohne eure Unterstützung nicht möglich gewesen!»

Entscheid stärkt unser bewährtes Milizsystem und verhindert einen riesigen administrativen Apparat, der niemandem nützen würde.

Juso-Initiative: Keine Zerstörung unserer Familienbetriebe

Auch die Juso-Initiative wurde mit einem historischen Nein-Anteil von 78,3 Prozent bachab geschickt. Die vorgeschlagene massive Umverteilung mittels einer radikalen Erbschaftsteuer hätte die Schweiz als Wirtschaftsstandort geschwächt, den Mittelstand belastet und unsere Familienbetriebe bestraft. Eigentlich ist es ein Skandal, dass diese Initiative von der SP offiziell unterstützt wurde – das Anliegen stiess offenbar auch in den eigenen Reihen auf Widerstand. Das herausragende Nein ist ein klares Zeichen für politische Stabilität, sichere Arbeitsplätze und finanzpolitische Vernunft.

Diese beiden nationalen Entscheide sind ebenso bedeutsam wie die kanto-



Der Kanton Zürich sagt Ja zu einer vernünftigen Verkehrspolitik für die Autofahrer und Nein zum Tempo-30-Irrsinn der Städte Zürich und Winterthur.

Bild: Kanton Zürich

nalen Resultate: Sie zeigen, dass die Bevölkerung freiheitliche Werte entschieden verteidigt und ideologische Experimente nicht akzeptiert.

Und eines ist ebenso klar: Die Linken haben an diesem Sonntag auf voller Linie verloren. Ihre teuren, realitätsfremden Projekte wurden reihenweise versenkt. Nicht nur im Kanton Zürich, sondern schweizweit. Es ist ein Beweis dafür, dass die Linke die Volksnähe schon vor langer Zeit verloren hat.

Dank an unsere Basis

Liebe Mitglieder, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer: Seit dem letzten Sonntag erreichen die SVP viele Danksagungen von erfreuten Bürgern. Diese Erfolge wären ohne euch jedoch nicht möglich gewesen. Ihr habt Plakate aufgestellt, Gespräche geführt, Argumente geliefert und Überzeugungsarbeit geleistet. Vielen herzlichen Dank für euren Einsatz! Gemeinsam halten wir unseren Kanton und unser Land auf Kurs.



Domenik Ledergerber
Kantonsrat und Parteipräsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg

Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten
Blickfänger.ch

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!
info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19

blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Die SVP wünscht Ihnen eine schöne Adventszeit!



Christoph Mörgeli

Roter Bonze bei der Post

Wer bei der Schweizerischen Post an der Front arbeitet, hat's nicht besonders komfortabel. Ein

Lohn von durchschnittlich brutto gut 60000 Franken für Zusteller («Pöstler») oder 64000 Franken für Logistiker ist nicht üppig. Der Druck auf Tempo, Optimierung, Leistung hingegen umso höher. Um die knapp getakteten Zeitpläne zu erfüllen, liegt kaum mehr ein Kundenschwatz drin. Der Sparhammer klopft den Post-Mitarbeitern ständig auf den Nacken. Die Schliessung von 170 Standorten in 155 Gemeinden bis 2028 sorgt auch nicht eben für gute Stimmung. Auf der Tour und am Schalter sind Angestellte dem Frust des Publikums direkt ausgesetzt.

Das braucht die obersten Verantwortlichen der Post wenig zu kümmern. Die damalige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) hat ihren Genossen Christian Levrat zum Post-Präsidenten gemacht. Und damit einen ehemaligen Parteipräsidenten und wichtigsten Einpeitscher der Linken, den prominentesten Vorkämpfer für den Ausbau des Staates, des Beamtenapparats und der öffentlichen Ausgaben. Sommarugas Begründung lautete seinerzeit so: Der Post-Präsident müsse die Akzeptanz der Post-Mitarbeiter geniessen.

Ob das tatsächlich der Fall ist, scheint fraglich. Denn während die wirklich Werkstätigen bei der Post bis zum Umfallen schufteten, hat der Präsident ein schönes Leben. Während die Löhne der Vollangestellten im tieferen Segment unablässig gedrückt werden, erhält Christian Levrat für seinen 50-Prozent-Job einen Lohn von 270000 Franken. Also im Vergleich wesentlich mehr als ein Bundesrat. Als Verwaltungsratspräsident der Post macht Christian Levrat heute genau das, was er früher als Politiker und Gewerkschafter verurteilt hat. Er baut Poststellen und damit Personal ab. Als Überbringer der schlechten Botschaft für die Mitarbeiter und die Kunden schickt er aber andere vor und hält sich ruhig im Hintergrund. Es ist ein Phänomen der roten Bonzen, dass sie ihre soziale Verantwortung abstreifen, sobald sie gut verdienen. Wer hier nach einem guten Gewissen sucht, erhält von der Post die Antwort: «Adressat unbekannt.»

SESSIONSRÜCKBLICK 1. WOCH

Aus der Wintersession – Die SVP ist am Zug

Die Wintersession hat viele Feierlichkeiten. Auch gibt es neue Präsidien. Diesmal ist die SVP am Zug. Pierre-André Page (SVP) aus Freiburg löste Maja Riniker ab und hat ab sofort das Nationalratspräsidium inne. Er erreichte ein sehr gutes Resultat.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küssnacht

Und am 10. Dezember findet die Wahl des Bundespräsidenten fürs nächste Jahr statt. Turnusgemäss am Zug ist Wirtschaftsminister Guy Parmlin (SVP). Er wird das Amt nach 2021 zum zweiten Mal bekleiden. Die Feier findet am 18. Dezember statt.

In weiteren Wahlen wird am 17. Dezember eine Bundesrichterin oder ein Bundesrichter gewählt, zudem die Stellvertretung des Bundesanwalts und das Präsidium des Bundesstrafgerichts bestimmt. Für die Wahlen treten National- und Ständerat als Vereinigte Bundesversammlung zusammen.

Debatte um Armee und Waffen

Die Schweiz hat 2022 das Kriegsmaterialgesetz verschärft. Es ist Schweizer Firmen verboten, Rüstungsgüter in Länder zu exportieren, die in interne oder internationale Konflikte verwickelt sind. Die Schweiz untersagt Ländern, die Schweizer Kriegsmaterial kaufen, diese an andere Länder weiterzugeben. Das hat der Schweiz im Ukraine-Krieg wiederholt internationale Kritik eingebracht.

Die Sicherheitspolitische Kommission will das Kriegsmaterialgesetz nun deutlich lockern. Konkret will der Bundesrat sich gesetzlich die Kompetenz

festschreiben lassen, «in Ausnahmefällen und zur Wahrung der Interessen der Schweiz» von den geltenden Bestimmungen zur Ausfuhr von Kriegsmaterial abweichen zu dürfen. Der Bundesrat erhält ein Vetorecht. Der Nationalrat war grossmehrheitlich für diese Lockerungen, die SVP zusammen mit der FDP und der Mitte.

Im Ständerat will SVP-Sicherheitspolitiker Werner Salzmann mit einer Motion erreichen, dass Soldaten nicht nur die Waffe, sondern auch Munition wieder nach Hause nehmen dürfen. Die

«Die SVP stellt mit Pierre-André Page das Nationalratspräsidium.»

Linken sind hier stark dagegen, weil sie mehr Femizide in der Schweiz befürchten. Leider hört man von den Linken selten, dass bei den Tätern von Femiziden der Ausländeranteil sehr hoch ist und man die Zuwanderung begrenzen sollte. Ein anderer Vorstoss will den Zugang zu waffenlosem Dienst im Militär vereinfachen – um Abgänge in den Zivildienst zu verhindern.

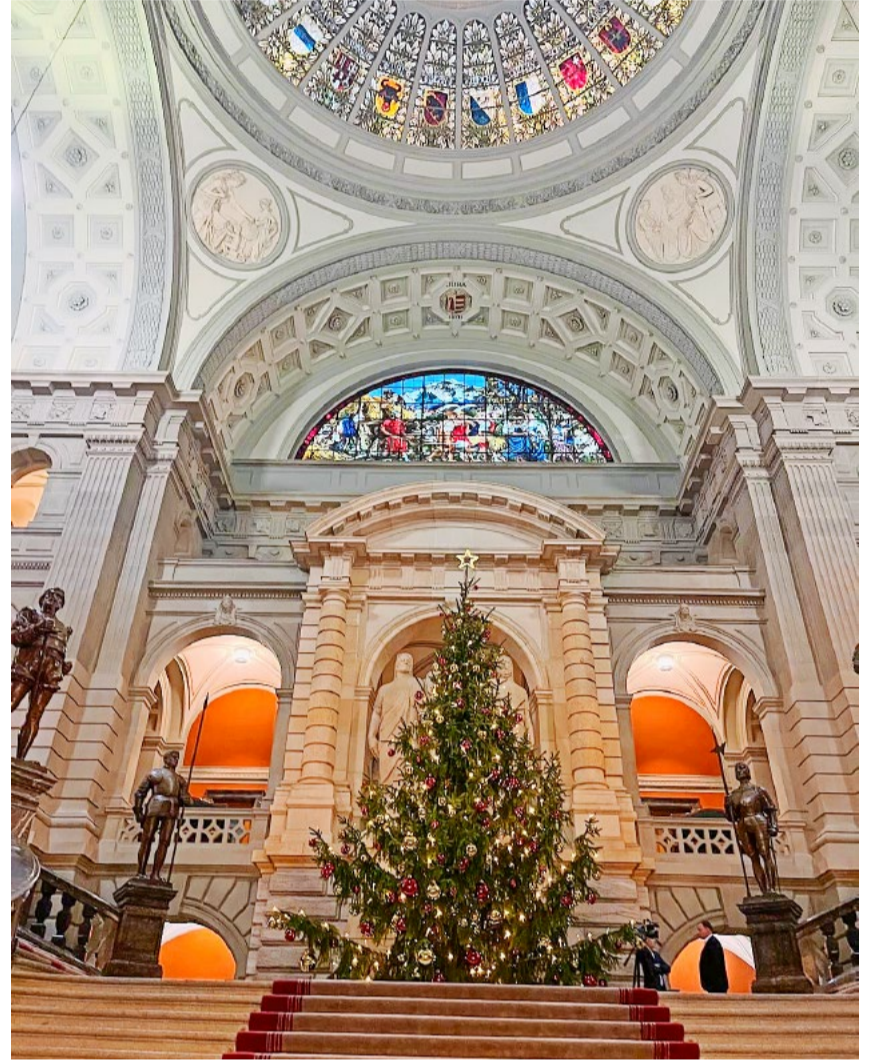
Die verschiedenen Militärvorstösse wurden im Nationalrat am 3. Dezember, im Ständerat werden diese am 10. Dezember behandelt.

Viele Volksinitiativen

Schliesslich kommen auch noch viele Volksinitiativen in dieser Session zur Sprache. Die eine ist über die Ernäh-

rungsouveränität. Ausserdem noch eine zum Feuerwerksverbot. Da wird es viele Voten dagegen geben.

Ausserdem gibt es in dieser Session sehr viele Anlässe, von Economiesuisse, dem Baumeisterverband, dem Hauseigentümergeverband, dem Gewerbeverband und vielen mehr. In der 2. Woche folgt auch noch das traditionelle Weihnachtsessen der Fraktion im Casino.



Adventsstimmung im Bundeshaus, trotz Debatte um Armee und Waffen. Bild: zVg

BEOBACHTUNGEN UND ERFAHRUNGEN DES PSYCHIATERS FRANK URBANIOK

Schattenseiten der Migration

Der forensische Psychiater Frank Urbaniok hat jetzt in zweiter Auflage seine Studie zu «Schattenseiten der Migration» vorgestellt. In Basel wurde eine Lesung Urbanioks kürzlich abgesagt. Offensichtlich nach Protesten aus dem linksextremen Lager.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Der frühere Chefarzt des psychiatrisch-psychologischen Dienstes des Kantons Zürich sieht in seinem Buch einen Zusammenhang zwischen kultureller Prägung und Gewaltbereitschaft – und nennt auch konkrete Herkunftsländer. Das ist für Linke offenbar unerträglich. Das Werk ist keineswegs ideologisch. Urbaniok fordert eine klare Migrationswende. Integrationsbemühungen zu forcieren, aber gleichzeitig die drängenden Migrationsprobleme wirksam zu bekämpfen, sei kein Gegensatz.

Statistische Fakten und Berufserfahrung

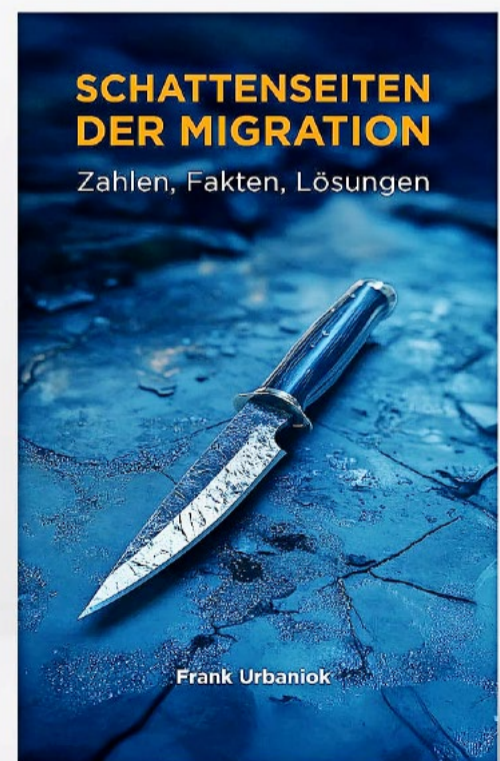
Viele Bürger würden das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren, befürchtet Urbaniok und fordert endlich eine intelligente Migrationspolitik. Er beschreibt sehr faktenbasiert die Schattenseiten der Migration und ihre Gründe. Nachher zeigt er auch die notwendigen Lösungen auf. Das Buch beruht auf statistischen Fakten und auf der langen Berufserfahrung Urbanioks.

Gegen Verengung der Diskussionsräume

Nach der Absage einer Lesung in Basel setzte sich Urbaniok in einem Gespräch mit dem «Nebelspalter» für die Meinungsfreiheit ein. Eine «Verengung der Diskussionsräume» sei in einer Demokratie nicht akzeptabel. Organisiert wurde die Absage der Lesung übrigens vom «feministischen Streikkollektiv Zürich», das regelmässig von der SP und vom Gewerkschaftsbund unterstützt wird.

Urbaniok scheut kein Tabu, wenn er von «kulturspezifischen Prägungen» von Asylbewerbern spricht oder auf den Import von Gewalt hinweist. Darauf auf Diskriminierung angesprochen, antwortet er immer souverän: «Ich argumentiere mit Statistiken, die veränderbar sind. Nur Kriterien, die unveränderbar sind, wären diskriminierend.»

Besonders stark ist Urbanioks klare Haltung zum Asylrecht. Migrationspolitik sei ein Kernbereich staatlicher Souveränität. Sie sei aber in Schieflage, da sie von der juristischen Perspektive und eben nicht vom Primat der Politik bestimmt sei. Das Buch bietet für die politische Auseinandersetzung hervorragendes Material. Es ist aber, ganz im Sinne des Autors, ein Buch, das für unsere Gesellschaft und den Schutz der bei uns lebenden Menschen eintritt.



Urbaniok beschreibt sehr faktenbasiert die Schattenseiten der Migration und ihre Gründe.

Bild: zVg

Egal ob es sich um Inländer ohne Migrationshintergrund, Inländer mit Migrationshintergrund oder Ausländer handelt.

Urbaniok, Frank. Schattenseiten der Migration. Zahlen, Fakten, Lösungen. Horgen: VOIMA, 2025. Preis: Fr. 29.90. Gebunden Fr. 36.90.

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Vorweihnachtlicher Schlusspurt

Als Einstieg wurden diverse Vorstösse entgegengenommen, die querbeet die verschiedensten Themen aufgreifen. Der Kantonsrat hat sich künftig mit der Wassersportnutzung am Greifensee, dem Brustkrebsscreening, der Fassadenbegrünung, der Opferhilfe bei digitaler Gewalt sowie zwei weiteren Vorstössen zum Thema Wohnen zu befassen.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Wie zu erwarten war, bewegte das auf dem Papier eher kryptische Thema «Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2024». Im Grundsatz geht es darum, wie die Mittel eingesetzt werden sollten, die der Kanton diesen anerkannten Religionsgemeinschaften für den «nicht kultischen Bereich» zur Verfügung stellt.

Unbestritten ist, dass die Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Kritik übten indes die bürgerlichen Parteien. Die FDP monierte, dass der Kantonsrat im Grunde keine Möglichkeit hat, effektiv zu kontrollieren, ob diese Zweckbindung eingehalten wird. Für den SVP-Sprecher René Isler gab nach wie vor der Umstand zu reden, dass weiterhin Gelder an nicht anerkannte Religi-

ongemeinschaften – konkret muslimisch geprägte Institutionen – fliessen. Dies führt innerhalb einiger Kirchgemeinden zu teils grossem Unfrieden und wird bis heute auch nicht verstanden.

Hans Egli, Kantonsrat der SVP/EDU-Fraktion, störte sich ebenfalls erheblich an der Tatsache, dass die Gelder, die den Religionsgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, quasi wie ein Durchlauferhitzer an muslimische Körperschaften weitergeleitet werden. In diesen Religionsgemeinschaften weiche das Frauenbild ab vom Umgang, den die christlichen Gemeinschaften pflegen – erwähnenswert sei hier insbesondere die Kopftuchdebatte. Es könne auch nicht ausgeschlossen werden, dass Gelder für Moscheen eingesetzt werden. Wie sich das mit dem Auftrag vereinbaren lasse, bleibt unbeantwortet.

Unbestrittener Geschäftsbericht und politische Rechte

Einen weiteren Geschäftsbericht und die dazugehörige Jahresrechnung genehmigte der Kantonsrat zum Thema BVG- und Stiftungsaufsicht (BVS). Was es damit auf sich hat, ist aufgrund des

Titels nicht selbsterklärend. Die BVS nimmt als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt für den Kanton die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wahr und beaufsichtigt die unter kantonalen Aufsicht stehenden Stiftungen. Das Geschäft war unbestritten.

Beim Thema e-collecting, also der elektronischen Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden, gingen die Wogen hingegen wieder hoch. Die SVP-Sprecher Susanne Brunner und Roman Schmid wiesen auf die Gefahren hin, die das e-collecting mit sich bringen kann. Sie votierten insbesondere dafür, dass der Kanton Zürich nicht auch noch in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnimmt und zuerst ein Versuchspilot in kleineren Kantonen gemacht werden soll. Dass einmal mehr die vereinigte Linke das e-collecting als absolut sicher einstuft, mag hier nicht erstaunen.

Linksgrün beschenkt sich selbst

In der Vorweihnachtszeit ist der Rat offensichtlich noch grosszügiger als sonst. So wurde ein Objektkredit für das Kultur- und Begegnungszentrum Zeughausareal Uster genehmigt. Einzig die SVP sprach sich gegen den Kredit aus. Tobias Infortuna, SVP-Sprecher, wies darauf hin, dass selbst in der Stadt Uster nur wenig Begeisterung für das Projekt vorhanden sei. Ebenso wenig scheint es ein regionales Interesse dafür zu geben, denn gerade einmal drei Gemeinden wollen sich finanziell beteiligen. Aber wie so oft wird ein «Cüpli-Sehen-und-Gesehenwerden-Laden» von Linksgrün, sekundiert von der FDP, abgefeiert bzw. der Kredit durchgewinkt. Diese haben sich so eine weitere elegante Möglichkeit geschaffen, um sich in Szene zu setzen – einmal mehr von denjenigen Steuerzahlern finanziert, die vermutlich nie einen Fuss in das Kult-Lokal setzen werden.



Gehören die Unterschriftenbögen auf Papier bald der Vergangenheit an?

Bild: SVP Schweiz

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Hoffentlich macht der Erfolg nicht träge ...

Die Abstimmungen vom vergangenen Sonntag haben uns national, aber auch kantonal einen vollen Erfolg beschert. Unser Parteipräsident hat auf der Frontseite dieser Ausgabe die entsprechende Analyse dazu gemacht. Aber was jetzt nicht passieren darf, ist, dass wir nachlassen und uns auf den Lorbeeren ausruhen. Erfolg macht träge und genügsam, aber gerade jetzt ist es wichtiger denn je, den Schwung mitzunehmen.

Lernen wir doch von erfolgreichen Sportlern

Sportler, die in einen regelrechten «Flow» kommen, erreichen weiterhin auf hohem Niveau weitere Erfolge. Vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil sie über eine gute Portion Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten verfügen und sich bewusst sind, dass durch Training und viel harte Arbeit die positiven Resultate weitergehen können.

Weiter so, aber natürlich mit vollem Engagement

Also nehmen wir den Schwung aus den gewonnenen Abstimmungen in den vergangenen Monaten mit; die Erfolge beim Nein zu den Gratisstipendien für Asylsuchende, das Nein zum Energiegesetz in der September-Abstimmung oder auch aktuell das klare Ja zu unserer Mobilitätsinitiative. Aber bekanntlich kommt Hochmut vor dem Fall, also darf es uns nicht passieren, dass wir denken, dass weitere Erfolge ohne Engagement erzielt werden können.

Die politische Grosswetterlage ist aktuell verheissungsvoll. Unsere Mitgliederzahlen wachsen seit Monaten überaus positiv und auch in kommunalen Abstimmungen haben wir am vergangenen Wochenende erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Stimmbevölkerung unsere Politik mitträgt. So sind u.a. auch in Dietikon und Zuzikon Vorlagen zu neuen oder zusätzlichen Asylbauten deutlich abgeschmettert worden.

Nächster Stimmungstest mit Gemeindewahlen und SRG-Initiative

Aber wie schon in Vergangenheit von diversen Autoren in der Zeitung geschrieben, stehen uns in den nächsten Monaten weitere, eminent wichtige Wahlen und Abstimmungen vor der Tür. Im März wollen wir gemeinsam in den Gemeinden und Städten zusätzliche SVP-Mandatsträger in die verschiedenen Gremien bringen. Kantonal finden keine Abstimmungen statt, doch national kommen mit SRG-Initiative, Individualbesteuerung, Klimafonds- und Bargeld-Initiative vier Vorlagen an die Urne.

Insbesondere die Wahlen im März/April 2026 sind ein erster und wichtiger Stimmungstest für die kantonalen und nationalen Wahlen 2027. In der letzten Woche der Session in Bern werden wir auch erfahren, wann die Nachhaltigkeits-Initiative (Keine 10-Millionen-Schweiz) der Stimmbevölkerung

zur Abstimmung vorgelegt wird. Also alles eminent wichtige Themen, die es zu nutzen gilt und damit der Bevölkerung klargemacht werden kann, dass nur die SVP-Politik den richtigen Weg darstellt.

Die Adventszeit geniessen, aber dann wieder Vollgas

Für die bevorstehenden Festtage möchte ich mich bei allen SVP-Mitgliedern und Verantwortlichen in Räten, Bezirken und Sektionen recht herzlich bedanken. Nur dank der Unterstützung und dem Engagement aller konnten wir diese Erfolge erzielen. Geniessen wir also eine kurze Zeit des «Durchschnaufens», verbringen tolle Momente mit Familie und Freunde, aber spätestens nach dem Jahreswechsel heisst es wieder: Kämpfen für eine noch stärkere SVP, für unsere Politik, für einen lebenswerten Kanton Zürich und für unsere Themen und unsere Kandidaten bei den Gemeindewahlen im Frühjahr und vor allem «Für eusi Lüüt»!

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit und auf ein erfolgreiches nächstes Jahr.



von **Marco Calziglia**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Kirchensteuergelder für muslimische Organisationen



Christina Zurfluh
Kantonsrätin SVP
Wädenswil

Was unter dem schwerfälligen Titel «Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2024 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körperschaften und der Christkatholischen Kirchgemeinde sowie über die Kenntnisnahme der Jahresberichte 2024 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde» am 1. Dezember 2025 daher kam, lässt sich auch so umschreiben:

Die Kirchen berichten für das Jahr 2024, dass die Kirchensteuern juristischer Personen korrekt und gemäss den Regeln verwendet wurden. Dies betrifft die Evangelisch-reformierte, Römisch-katholische und Christkatholische Kirche. Zudem wurden die Jahresberichte der Israelitischen und der Jüdischen Liberalen Gemeinde zur Kenntnis genommen.

Oder kurz und knapp: Es geht um die Bestätigung der richtigen Verwendung der Gelder und die offizielle Kenntnisnahme aller Berichte der anerkannten Kirchgemeinschaften.

Also eigentlich ein nüchternes, emotionsloses Thema, wäre da nicht die Weitergabe von jährlich zwei Millionen Franken durch die anerkannten Institutionen an

nicht anerkannte Religionsgemeinschaften. Zwar nicht direkt Gegenstand dieses Geschäfts, aber eben doch indirekt im Zusammenhang. Und so wurde im Rat einmal mehr kritisch darauf hingewiesen.

Bereits Anfang 2025 haben wir einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, um diese «himmlische Durchlauferhitzer-Geldverteilung» zu stoppen. Doch Einsicht fehlt weiterhin: Die Praxis geht ungebremst weiter und auch im kommenden Jahr sollen öffentliche Gelder ohne klare rechtliche Grundlage und überprüfbare Kriterien verteilt werden.

Inzwischen wenden sich sogar Mitglieder anerkannter Religionsgemeinschaften an uns Kantonsratsmitglieder, die mit dieser Weitergabe von Geldern nicht einverstanden sind, innerhalb ihrer eigenen Reihen aber kein Gehör finden. Das zeigt: Die Kritik kommt nicht nur von uns, sondern auch von innen.

Uns bleibt vorerst nichts anderes übrig, als auf die Bedeutung klarer rechtlicher Grundlagen und transparenter Kriterien bei der staatlichen Unterstützung von Religionsgemeinschaften hinzuweisen. Ein neues Gesetz ist in Planung und wir dürfen uns jetzt schon auf intensive, hitzige und emotionale Diskussionen einstellen – Halleluja!

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Passend zur Weihnachtszeit befasste sich der Kantonsrat am Montag mit einer religiösen Thematik.

Bild: Pixabay

AKTUELLE FRAKTIONSERKLÄRUNG



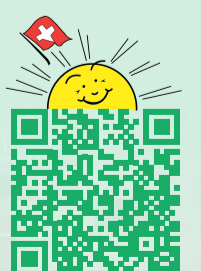
Senioren raus, Asylbewerber rein? «Gnueg isch GNUEG!»

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Grosser Sieg für die SVP - Tempo-30-Irrsinn verhindert

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Schaffen wir die Trendwende

Der vergangene Abstimmungsontag gibt Mut und Hoffnung für unsere Partei. Das Volk hat genug vom Experiment einer linksgrünen Politik, das in den vergangenen Jahren stattfand. Selbst unser schöner Kanton, der die letzten Jahre als links galt, findet zunehmend wieder zu sich selbst und seinen bürgerlichen Wurzeln zurück. Die nächsten Jahre werden eine entscheidende Zeit für die Schweiz sein.



Severin Spillmann
Präsident JSVP Sektion
West/City
Zürich

Wir beginnen mit den Gemeinderatswahlen und den Referenden über die SRG und die Individualbesteuerung und gehen nahtlos weiter zur Nachhaltigkeits-Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz, deren Abstimmungskampf wir von der Jungen SVP zeitlich voll nutzen wollen. Weiter geht es mit Kantonsratswahlen, Neutralitätsinitiative und den Nationalratswahlen. Vor oder nach diesen werden wir den zweiten monatelangen Abstimmungskampf bestreiten, jenen über die neuen Unterwerfungsverträge, die unsere direkte Demokratie in weiten Teilen obsolet machen und in jeglicher Hinsicht unser Land auf die Qualität und das Niveau eines durchschnittlichen EU-Landes zu ziehen drohen.

Für die nächsten Jahre gilt es, viel Energie in diese Abstimmungs- und Wahlkämpfe zu stecken. Die Stimmung steht aktuell zu unseren Gunsten, aber wir hatten nun auch Jahre gegen uns erlebt, weswegen man sich nie auf dem Erfolg ausruhen, sondern immer weitermachen sollte. Der Sieg ist kein Selbstläufer, sondern Ergebnis harter Arbeit und eines Volks, das dank unserer Aufklärung immer mehr merkt, dass nur unsere Politik die Schweiz auf dem Pfad von Frie-

den, Sicherheit, Wohlstand und Freiheit behält.

Jedoch, selbst wenn wir alle Kämpfe gewinnen und das Volk zahlreiche vernünftige Entscheide trifft, ist es noch nicht zu Ende, dann fängt es erst richtig an. Der Kulturkampf um die Vision der Schweiz, wie sie in Zukunft aussehen und handeln soll, besteht fort. Sinnbildlich stehen dafür die zahlreichen linksunterwanderten Einrichtungen, die seit den 68er-Sozialisten in ihrem Marsch durch die Institutionen erobert wurden.

Namentlich die Schulen und Universitäten, die unsere Kinder und unsere Jugend weiter mit Propaganda auf grün-linke Irrwege führen; die Medien, die jede vom linksgrünen Mainstream abweichende Meinung abkanzeln und so schwache Politiker im politischen Zentrum auf die sozialistische Linie zurückpfeifen; und die Verwaltung, die jeden Plan bürgerlicher Politik perfide sabotiert und der Regierung und dem Parlament ihre eigenen linken Ziele untermogelt.

Deshalb muss unser Kampf, den wir aus Liebe zu unserem Land, seinen Werten und seinen vielen Völkern in Form der Kantone bestreiten, weitergehen. Gerade wir als Junge SVP, denen die Zukunft besonders am Herzen liegt, werden uns mit Leidenschaft gegen das Verwaltungswachstum, gegen linksgrüne Bildung und gegen eine weitere Schwächung der bürgerlichen Familie, von Arbeit und Eigentum einsetzen, im Gegenteil, wir werden uns dafür einsetzen, dass jene Pfeiler der Gesellschaft wieder gestärkt werden.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DIETIKON

Bevölkerung lehnt Asylzentrum Schöneeggstrasse 38 ab – klares Signal nach Bundesbern

Die SVP Dietikon nimmt das deutliche Nein von 60,55% zum Asylzentrum an der Schöneeggstrasse 38 mit grosser Genugtuung zur Kenntnis und dankt dem Referendatskomitee für seinen Mut, aufzustehen.

Trotz der geballten Unterstützung der vereinigten linken Parteien «AL, SP, Grüne, EVP, Die Mitte, GLP» hat die Bevölkerung ein klares und unmissverständliches Zeichen gesetzt: «Es reicht, schaut doch einmal zuerst auf eure eigenen Leute!»

Die erwähnten Parteien spüren den Volkswillen nicht mehr. Die Menschen in Dietikon haben genug – sie akzeptieren nicht mehr, dass Aufgaben des Bundes ohne ausreichende Rücksichtnahme und ohne tragfähige Konzepte an die Gemeinden delegiert werden. Dietikon trägt heute schon genügend Zentrumslasten – es reicht!

Der Entscheid ist auch ein klares Signal nach Bern! Die SVP Dietikon fordert Bun-

desrat Beat Jans und die Verantwortlichen in seinem nahen Umfeld mit Nachdruck auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, statt die Herausforderungen des Asylsystems einfach an die Gemeinden weiterzugeben. Die Bevölkerung hat klargemacht, dass Dietikon nicht zum Auffangbecken werden soll, wenn auf übergeordneter Ebene Konzepte fehlen oder nicht ausreichend abgestützt sind.

Aufruf an andere Gemeinden

Der heutige Entscheid hat Signalwirkung weit über Dietikon hinaus. Die SVP Dietikon ruft deshalb auch andere Gemeinden dazu auf, genau hinzuschauen, kritisch zu prüfen und sich notfalls ebenfalls zur Wehr zu setzen,

wenn sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Ein solidarisches, aber gleichzeitig verantwortungsvolles Asylwesen kann nur funktionieren, wenn der Bund nicht seine Bundesasylzentren schliesst und seine Verantwortung einfach den Kantonen abgibt und diese dann den Gemeinden. Der Zürcher Regierungsrat Mario Fehr macht hier einen guten Job und adressiert immer wieder das Unwohlsein der Bürgerinnen und Bürger nach Bundesbern, sodass nicht einzelne Gemeinden überlastet werden.

Die SVP Dietikon dankt den Stimmberechtigten für ihr klares Zeichen und ihren Mut, sich gegen politischen linken Druck zu behaupten.



Auch der antidemokratische Vandalismus der Gegnerschaft kann die SVP nicht aufhalten: Die Menschen in Dietikon haben genug vom Asylschlamassel.

Bild: SVP Dietikon

JAHRESMEDIENANLASS DER GESUNDHEITSDIREKTION

Gesundheit ganzheitlich denken – Regierungsrätin Natalie Rickli setzt klare Akzente

Am Freitag, 28. November 2025, fand im Zoo Zürich der Jahresmedienanlass der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) statt. Unter dem Motto «Gesunde Tiere, gesunde Menschen» zeigte der Anlass eindrücklich, dass die GD nicht nur das klassische Gesundheitswesen im Blick hat, sondern auch Tiergesundheit, Tierschutz und Krankheitsprävention konsequent thematisiert.

SB. Gerade in einer Zeit, in der globale Tierseuchen und zoonotische Risiken in den Fokus rücken, ist die enge Verzahnung von Veterinärwesen und öffentlicher Gesundheitsversorgung von zentraler Bedeutung.

Für Regierungsrätin Natalie Rickli war der Elefantentpark ein bewusst gewählter Ort, der die Verbindung von Tierwohl, Forschung und öffentlicher Gesundheitsprävention sichtbar macht. «Gesundheitsschutz entsteht im Zusam-

menispiel vieler Bereiche und funktioniert nur ganzheitlich – und der Kanton Zürich will diese Verbindung konsequent stärken und dabei eine führende Rolle wahrnehmen», betonte die Gesundheitsdirektorin. Denn: «Prävention ist nur dann wirksam, wenn Risiken frühzeitig erkannt werden – unabhängig davon, ob sie im Spital, in Pflegeeinrichtungen oder in der Tierwelt entstehen.» Ihre Ausführungen zielten darauf ab, das Verständnis zu schär-

fen, dass Gesundheitspolitik weit mehr umfasst als die klassische Versorgung und Prävention über Verwaltungsgrenzen hinausgedacht werden muss.

Fachliche Perspektiven

Im Anschluss ordneten zwei Fachexperten die zentralen Herausforderungen ein und bestätigten die Notwendigkeit eines vernetzten Ansatzes. Kantonstierarzt Lukas Perler schilderte die zunehmende Bedeutung von Tierseu-

chen, insbesondere mit Blick auf globale Tierbewegungen und neue Krankheitserreger. «Die Tierseuchenbekämpfung ist in den letzten Jahren herausfordernder geworden: Vogelgrippe, Tollwut oder Schweinepest sind nur einige Beispiele, die uns beschäftigen», so Perler.

Er machte deutlich, wie eng Tiergesundheit und Schutz der Bevölkerung zusammenhängen: «Risikoanalyse, Risikosteuerung und Risikoüberwachung bilden zentrale Pfeiler unserer Arbeit im Veterinärwesen, wodurch wir auch indirekt den Menschen schützen.»

Kantonsärztin Franziska Kluschke konzentrierte sich sodann auf übertragbare Krankheiten beim Menschen und zeigte, dass der Kanton Zürich weiterhin stark in Überwachung und Prävention investiert: «Der Kanton überwacht

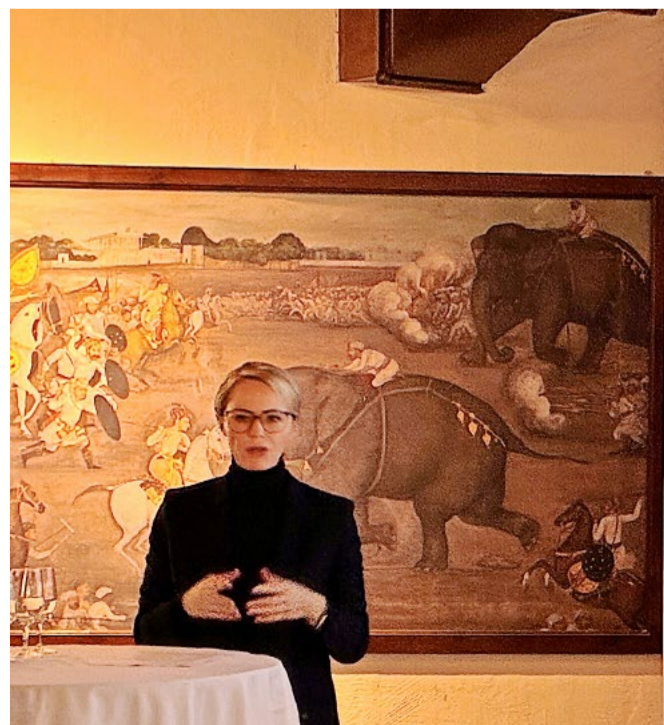
kommen stets neue Herausforderungen hinzu. Als Beispiele nannte sie Krankheitsübertragungen durch die Asiatische Tigermücke, aber auch Antibiotikaresistenzen oder Zoonosen haben im Alltag der Kantonsärztin an Bedeutung gewonnen, womit sie mit Letzteren den Bogen zu ihrem Vorredner schlug.

Blick hinter die Kulissen mit dem Zoodirektor

Die anschliessende Führung im Elefantentpark mit Zoodirektor Dr. Severin Dressen bot einen passenden Rahmen, um die zuvor erläuterten Zusammenhänge greifbar zu machen. Die Betreuung einer solch komplexen Tierpopulation verdeutlicht, wie anspruchsvoll Tiergesundheit heute ist und wie sorgfältig der Kanton Risiken einschätzen muss, die langfristig auch für Menschen relevant werden können. Als bewilligungspflichtige Institution in Fragen der Tierhaltung steht der Zoo Zürich unter der Aufsicht des Veterinäramts und damit grundsätzlich im direkten Kontakt mit der Gesundheitsdirektion.

Führung mit Weitblick und Prioritäten

Der Anlass zeigte eine Gesundheitsdirektorin, die ihre Aufgaben nicht eng, sondern strategisch und langfristig denkt. Unter Regierungsrätin Natalie Rickli positioniert sich die Direktion mit einer kohärenten Linie, die Herausforderungen offen anspricht und klare Prioritäten setzt: Prävention stärken, Verantwortlichkeiten klären, Risiken vorausschauend managen – für einen gesunden Kanton Zürich und seine Bevölkerung.



Regierungsrätin Natalie Rickli setzt mit ihrer Direktion klare Akzente in der Gesundheitspolitik.



Bild: SVP Kanton Zürich

SVP DÄNIKON-HÜTTIKON

Nominierungen für die Gemeindewahlen 2026

Für die kommunalen Gesamterneuerungswahlen vom 8. März 2026 hat die SVP Dänikon-Hüttikon an ihrer Mitgliederversammlung die Kandidaturen für die Gemeindebehörden in Dänikon und Hüttikon nominiert.

In Dänikon stellt sich Gemeinderat Christian Lucek in der Funktion als Hochbau- und Immobilienvorstand erneut zur Wahl. Lucek hat in seiner Amtszeit über zwei Legislaturen die Entwicklung der Gemeinde mit der Totalrevision der Bau- und Zonenordnung massgeblich geprägt und den Werterhalt der Gemeindegüter sichergestellt. Seine pragmatische Art und sein technisches Verständnis machen ihn zu einem geschätzten Ansprechpartner in Baufragen.

In Hüttikon kandidieren zwei bewährte Persönlichkeiten für eine weitere Amtsperiode: Beatrice Derrer, amtierende Gemeindepräsidentin, und Fabian Schenkel, bisheriger Finanzvorstand. Derrer hat sich in den vergangenen Jahren als engagierte und bürgernahe Gemeindepräsidentin profiliert. Mit ihrer geradlinigen und lösungsorientierten Art steht sie für eine verlässliche und kontinuierliche Führung. Schenkel, mit fundierter Erfahrung in Finanz- und Verwaltungsfragen, hat die Gemeindefinanzen mit Weitsicht und Effizienz geführt. Seine analytischen Fähigkeiten und sein Engagement für eine solide Haushaltsführung werden partiübergreifend anerkannt.

Mischung aus Erfahrung und frischem Wind

Neu kandidiert Besnik Mulaj für den frei gewordenen Sitz im Gemeinderat Hüttikon. Mulaj hat sich in den letzten Monaten intensiv mit den Grundwerten der SVP auseinandergesetzt und ist



v.l.n.r.: Für die SVP in Dänikon-Hüttikon stellen sich für die Wahlen im kommenden Frühling Beatrice Derrer, Fabian Schenkel, Claudia Arn, Christian Lucek und Besnik Mulaj zur Verfügung. Bild: zVg

kürzlich der Ortspartei beigetreten. Mit seiner offenen Art und seinem Interesse an kommunalpolitischen Themen bringt er frischen Wind und neue Perspektiven in die politische Arbeit ein. Seine Kandidatur steht für eine generationenübergreifende Erneuerung und die Stärkung des bürgerlichen Engagements.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) konnte die SVP Claudia Arn als bisheriges Mitglied in der Kommission erneut nominieren. Die gelernte Bankkauffrau verfügt über langjährige Erfahrung im Finanzwesen und bringt die nötige Sachkenntnis und Genauigkeit für dieses verantwortungsvolle

Amt mit. Ihre analytische Denkweise und ihr ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein qualifizieren sie in besonderer Masse für die Prüfung der Gemeinderechnungen.

Mit diesem ausgewogenen Team aus erfahrenen Amtsinhabern und neuen Kräften präsentiert die SVP Dänikon-Hüttikon eine kompetente und engagierte Liste für die kommenden Wahlen. Die Kandidatinnen und Kandidaten stehen für eine bürgernahe und lösungsorientierte Gemeindepolitik im Sinne der Bevölkerung von Dänikon und Hüttikon.

Fabian Schenkel,
Präsident SVP Dänikon-Hüttikon

SVP HAGENBUCH-SCHNEIT

Geselliges Raclette-Essen als Tradition

Am 15. November 2025 führte die SVP Hagenbuch-Schneit zum fünften Mal das Raclette-Essen durch. Dieses Mal in einer neuen Lokalität, nämlich im «Hagichäller», einer Räumlichkeit mit rund 300 Jahre altem, gut erhaltenem Gemäuer im Ortsteil Hagenstal (Hagenbuch).

Für diese Veranstaltung konnte SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann als Referentin gewonnen werden. Nach dem Apéro um 19 Uhr begrüßte Ortsparteipräsident Thomas Müller die Politikerin und weitere zahlreiche Gäste, u.a. auch den ehemaligen SVP-Bundesrichter Prof. Karl Spühler, den Gemeindepräsidenten Rolf Sturzenegger und Hansruedi Miethlich, Gemeinderat Elgg. Danach übergab er das Wort an Barbara Steinemann.

Zu Beginn ihrer Ausführungen ging sie auf die Nachhaltigkeitsinitiative ein, welche verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 die 10-Millionen-Grenze nicht überschreiten darf – ansonsten muss der Bundesrat bevölkerungstreibende internationale Verträge kündigen. Gemäss der Nationalrätin hätte die Schweiz beim heutigen Personenzuwachs von 1,02% pro Jahr im Jahr 2050 11,65 Millionen

Einwohner! Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 habe die Bevölkerung in der Schweiz bis heute infolge der Zuwanderung jährlich um rund 80 000 Personen zugenommen, dies seien insgesamt 1,6 Millionen. Bei Annahme der Initiative könnten sich, gemäss Steinemann, immer noch jährlich 40 000 Menschen in der Schweiz niederlassen. Sie plädierte für eine massvolle und nicht masslose Zuwanderung. Die Abstimmung zu dieser Vorlage wird wahrscheinlich im Juni 2026 stattfinden.

Gefahren des EU-Unterwerfungsvertrags

Im zweiten Teil des Referats kam die Rednerin auf das Rahmenabkommen mit der EU zu sprechen. Dabei äusserte sie sich zu den negativen Folgen, die das Strom- sowie das Landverkehrsabkommen für die Schweiz haben. Ebenfalls machte sie Angaben zum neu aus-

gehandelten Personenfreizügigkeitsabkommen, welches den EU-Bürgern nach fünf Jahren Erwerbstätigkeit (12 Stunden pro Woche genügen, inklusive einhalb Jahren Arbeitslosigkeit und einem halben Jahr Sozialhilfe) in der Schweiz ein Daueraufenthaltsrecht mit Familiennachzug (auch aus Drittstaaten) ermöglicht. Steinemann erinnerte auch daran, dass Serbien, Nordmazedonien, Bosnien, Albanien, Moldawien und Georgien mit insgesamt 60 Millionen Einwohnern EU-Beitrittskandidaten seien.

Zum Schluss kam die Nationalrätin noch auf den Beitrag (Kohäsionszahlungen) zu sprechen, den unser Land an die EU leisten muss. Dieser betrage von 2030 bis 2035 jährlich 350 Millionen Franken. Von 2025 bis zur Inkraftsetzung des Vertragspakets verpflichtet sich die Schweiz, der EU jährlich 130 Millionen Franken zu zahlen. Mit den versteckten Zusatzkosten (Infrastruktur, Sozialhilfe, Regulierungs- und Vollzugskosten) werde unser Land mit diesem Unterwerfungsvertrag Zahlungen von 1,4 Milliarden Franken pro Jahr an die EU leisten müssen.

Feines Raclette in gemütlichem Ambiente

Nach den spannenden und informativen Ausführungen beantwortete Steinemann kompetent diverse Fragen von Zuhörerinnen und Zuhörern. Thomas Müller bedankte sich bei der Referentin und überreichte ihr ein Präsent. Anschliessend wurde von den Vorstandsmitgliedern der Käse mit den Zutaten serviert und die Anwesenden diskutierten rege über unterschiedliche (politische) Themen und genossen die heimelige Atmosphäre in der speziellen Räumlichkeit.

Rolf Sturzenegger,
Gemeindepräsident SVP, Hagenbuch



v.l.n.r.: Thomas Müller, Barbara Steinemann und Rolf Sturzenegger. Bild: zVg

FRUCHTBARE VERHANDLUNGEN

Zolldiskussionen

Bundesrat Guy Parmelin und seinen Unterhändlern ist ein wichtiger Schritt bei den Zollverhandlungen mit den USA gelungen. Vereinbart wurde mit 15 Prozent dieselbe Zollhöhe wie für die Europäische Union.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das heisst: Die Schweiz ist bei Lieferungen in die USA nicht mehr benachteiligt gegenüber den EU-Ländern. Trotzdem: Gegenüber amerikanischen Produkten sind die Schweiz und die EU auf dem amerikanischen Markt benachteiligt.

Bis die Zölle in der Praxis greifen, dauert es seine Zeit. Wann genau die Zölle umgesetzt werden, weiss man nicht. Jedenfalls wurde ein grosser Wettbewerbsnachteil gegenüber der EU beseitigt. Die Abmachung ist selbstverständlich noch kein Vertrag, doch bei Zöllen braucht es auch keinen Vertrag.

Die USA haben ursprünglich einen höheren Zoll für die Schweiz veran-

schlagt, denn die Schweiz hat aufgrund ihrer erfolgreichen Firmen einen hohen Exportüberschuss, der verhältnismässig weit höher ist als jener der EU. Diese Überschüsse stören den amerikanischen Präsidenten.

Man muss Donald Trump ernst nehmen. Die USA fallen zurück in ein ganz anderes Wirtschaftssystem. In den letzten Jahrzehnten waren die Globalisierung und der möglichst freie Wirtschaftsaustausch Trumpf – der Tüchtigste mit dem besten Produkt und dem besten Preis soll sich durchsetzen, egal, woher er kommt.

Jetzt haben die USA dieses System beendet und führen wieder Zölle ein, um ihre Produkte und Arbeitsplätze zu schützen. Sie fordern unsere Unternehmen auf, doch vermehrt in den USA zu produzieren. Darum war es so wichtig, dass Unternehmer im Weissen Haus vorsprachen. Denn sie haben die Möglichkeit, solche Investitionen zu tätigen. Der Staat und die Politiker können das nicht.



Die Schweiz konnte die US-Zölle deutlich senken. Das Beispiel zeigt: Wir müssen auch in Zukunft eigenständig handeln können, der EU-Unterwerfungsvertrag ist keine Lösung. Bild: Unsplash/Markus Winkler

SVP DIETIKON

«Full House» beim Weihnachtsapéro der SVP Dietikon

Am Montag, 1. Dezember 2025, fand der traditionelle Weihnachtsapéro der SVP Dietikon im BIBS statt. Es war wunderschön, zu sehen, dass 44 Personen erschienen, um zusammen mit der SVP Dietikon einerseits den 1. Advent und andererseits die baldigen Weihnachten zu feiern.

Zudem haben die Mitglieder der SVP Dietikon das Raclette mit Kartoffeln und Silberzwiebeln/Cornichons in vollen Zügen genossen. Auch dieses Mal hiess das Versprechen «à discrétion» und so wurde der «gestrichene» Käse bis auf das letzte Stück verspeist. Die Verantwortlichen vom BIBS haben fleissig gearbeitet, sodass niemand warten musste. Um die Dekoration wie Nüssli und Mandarinen hat sich unser Vorstandsmitglied Eveline Heiniger gekümmert, wofür wir ihr natürlich herzlichst danken möchten.

Abstimmungssiege als verfrühte Weihnachtsgeschenke

Unser Gast, Michael Segrada, Stadtratskandidat FDP, hatte vor versammelter Gesellschaft sein Wahlprogramm vorgestellt. Anschliessend haben unsere Stadträtin Mirjam Peter und unser Stadtpräsident Roger Bachmann noch das Wort an die Gesellschaft gerichtet und allen schöne Feiertage gewünscht. Der SVP-

Präsident Rochus Burtscher meinte, dass bereits am Wochenende vom 30. November 2025 für die SVP schweizweit Weihnachten gewesen sei, da die SVP überall bei den Abstimmungen gewonnen hat.

Agenda hervorholen und eintragen

Die Wahlkommission ist am Planen aller Auftritte rund um die Wahlen vom 8. März 2026 und wir freuen uns über zahlreiche Besucherinnen und Besucher an unseren Anlässen. Am 30. Januar 2026 wird DJ Stapi zusammen mit DJ Tommy im Clubhaus RGL, Spreitenbacherstrasse, Dietikon den Auftakt mit CH-Musik machen.

Um 22 Uhr hat sich dann die Gesellschaft langsam aufgelöst und jeder und jede ist zufrieden nach Hause gegangen. Wir wünschen der Bevölkerung von Dietikon schöne Festtage und viel Gesundheit.

Rochus Burtscher,
Kantonsrat und Präsident SVP Dietikon



Zahlreich feierte die SVP Dietikon nicht nur den 1. Advent und die baldigen Weihnachten, sondern auch die jüngsten Abstimmungserfolge. Bild: zVg

Fadegrad



von
Tobias Infortuna

Black Friday

Jetzt ist der Black Friday schon wieder vorbei, und Sie haben immer noch keine passenden Weihnachtsgeschenke für Ihre Liebsten gefunden. Diese Kolumne wird Ihnen zum Glück mit zahlreichen Geschenktipp helfen. Zuerst aber sind Sie vielleicht über den Begriff Black Friday gestolpert. Als aufgeschlossener Mensch dachten Sie sicher, es handle sich dabei um einen Feiertag für Menschen schwarzer Hautfarbe. Nein, ganz falsch, dafür gibt es den Black History Month, und der ist im Februar, nicht im November. Sie wundern sich, wieso da einen ganzen Monat lang gefeiert wird? Na, weil die Black History 28-mal wichtiger ist als der Weihnachtstag. Das ist nicht so schwierig, das kann man auch im Kopf rechnen. In Schaltjahren 29-mal wichtiger.

Natürlich wissen Sie als vorbildlicher Bürger, dass nur der Pride Month noch wichtiger ist. Denn der ist im Juni und folglich 30-mal wichtiger als der Weihnachtstag. Im Pride Month fordern Menschen, die im heutigen Morgenland wegen ihrer sexuellen Orientierung von Islamisten hingerichtet würden, mehr Islamismus und weniger Judentum. Ja, das ist paradox, aber wir haben jetzt keine Zeit, Weihnachten rückt näher, und es warten die Geschenktipp. Darum zurück zum Black Friday. Dieser für grosse Weihnachtseinkäufe bekannte Tag ist stets auf den Freitag nach Thanksgiving angesetzt. Thanksgiving. Noch so ein Feiertag. Er geht auf das Erntedankfest im Jahre 1621 zurück, das in Nordamerika damals Pilger und Indianer gemeinsam begingen. An diesem Tag wird traditionsgemäss Truthahn gegessen. Ausser bei den Veganern, die machen dann Diät. Die Veganer mussten 1621 vermutlich ein bisschen abseits sitzen. Das würde deren schlechte Laune erklären, die sie seit Generationen weitervererben.

Ojemeine, jetzt habe ich vorhin auch noch Indianer geschrieben statt Rothäute. Äh, nein, indigene Völker natürlich, meinte ich. Wenn das hier so weitergeht, fällt meine nächste Kolumne infolge Gefängnisarrests aus. Sie dürfen mich dort aber gerne besuchen. Bringen Sie ein Geschenk mit, danke. Ach ja, das war ja eigentlich das Thema, die Geschenke. Jetzt ist diese Kolumne aber schon fast zu Ende, und es bleibt gar kein Platz mehr für die angekündigten Geschenktipp. Typisch Politiker, grosse Versprechungen machen und sich dann nicht daran halten! Aber zerbrechen Sie sich nicht den Kopf wegen der baldigen Bescherungspflicht und verschenken Sie stattdessen eine grosse Portion gesunden Menschenverstand. Davon kann das Abendland eine zünftige Menge gebrauchen. Wo man gesunden Menschenverstand finden kann, fragen Sie? Woher soll ich das wissen? Ich bin Politiker und kenne mich damit nicht aus.

POLITIK GEGEN DIE EIGENE BEVÖLKERUNG:

Kein Herz und Geld für Senioren und Lehrlinge, aber alles für Asylanten

Die verkorkste Politik der Stadtregierung zeigt sich in diesen Tagen wieder einmal exemplarisch. In Zürich-Leimbach wurden Senioren aus dem Altersheim rausbefördert, damit 300 Asylanten unterkommen. Das Quartier hätte damit eine Asylquote von 10 Prozent!

Gleichzeitig fehlen in der Stadt Zürich bis zu 11 000 Alterswohnungen. Das Vorgehen des Stadtrats ist ein Schlag ins Gesicht der älteren Mitbürger und der Quartierbevölkerung. Wer hier sein Leben lang wohnt, arbeitet und Steuern zahlt, hat das Nachsehen. Doch für Asyl-Zuwanderer macht der Stadtrat alles.

Kein Geld für Illegale

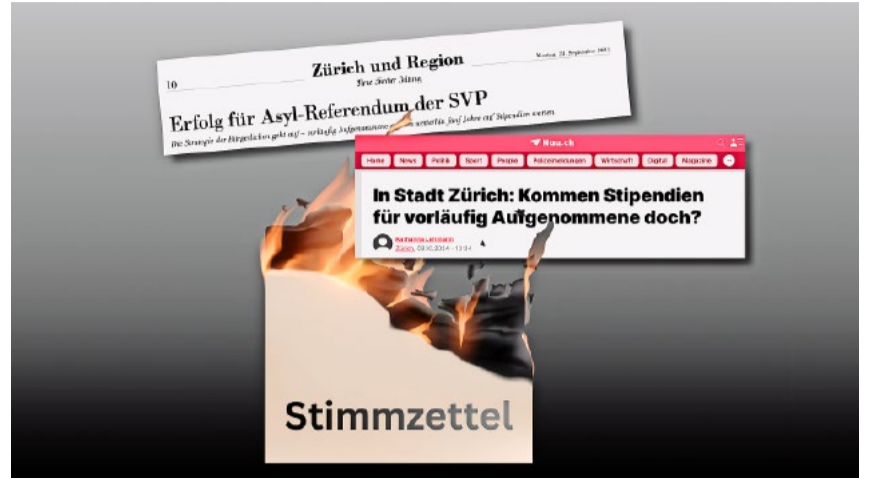
Das zeigt sich auch beim Gratis-Studium für Asylanten. Vorletzten September hat die Stimmbewölkerung des gesamten Kantons Zürich entschieden: Wir wollen abgewiesenen Asylanten kein Gratis-Studium bezahlen und damit eine noch grössere Sogwirkung im Asylwesen verursachen. Bereits jetzt ist die Schweiz ein Magnet für illegale Einwanderer. Und was macht der Stadtrat?

Respektiert er den Volksentscheid? Keine Sekunde.

Rotgrün hintertreibt Volksentscheid Sofort nach der verlorenen Abstimmung machte sich der Stadtrat daran, den Volksentscheid zu hintertreiben. 2,1 Millionen Steuerfranken will er nun einsetzen, um Asylanten und sogenannte Sans-Papiers ein Gratis-Studium zu finanzieren. Gleichzeitig will er den Schreiner-Ausbildungsbetrieb, dem 100 000 Franken pro Jahr fehlen, in Konkurs schicken und die Lehrlinge auf die Strasse stellen lassen.

Kein Geld und kein Herz für Senioren und Lehrlinge, aber alles für Asyl-Zuwanderer. Das ist die Politik des Stadtrats.

SVP-Fraktion des Gemeinderates



Nur gerade zwei Wochen nach der verlorenen Abstimmung gab SP-Stadtrat Golta an, dass er den Volksentscheid hintertreiben will und in der Stadt Zürich illegal anwesende Ausländer doch Gratis-Stipendien auf Kosten der Steuerzahler erhalten sollen. Volksentscheide sind scheinbar egal.

Bild: zvg

SVP ZUMIKON

SVP Zumikon bodigt Asylzentrum – im Alleingang

Am Sonntagmittag, kurz vor 15 Uhr, war der Fall klar. Mit einer hohen Stimmbeteiligung von 68% lehnten 57,5% der Zumiker Stimmbürger den Neubau eines Asylzentrums neben dem örtlichen Kindergarten Farlifang ab.



Marc Wachter
Präsident SVP Bezirk Meilen
Zumikon

Ein Drama in fünf Akten.

Die Ideallösung des Gemeinderats

Rückblende: Kurz vor Jahresende 2022 präsentierte der FDP-dominierte Zumiker Gemeinderat erstmals seinen Lösungsansatz, um der ansteigenden Zuteilungsquote an Asylbewerbern Herr zu werden. Ein Asylzentrumsneubau für rund 2,9 Millionen Franken direkt auf dem Schulareal Farlifang wurde dabei als «Ideallösung» propagiert. Kurz vor der entscheidenden Gemeindeversammlung dann der erste Paukenschlag: Das geplante Zentrum kostete nach allen Anpassungen nun 4,5 Millionen Franken. Die SVP Zumikon sowie ein überparteiliches Komitee gingen sofort in die Opposition und warben für ein entschiedenes Nein an der entsprechenden Gemeindeversammlung. Die Abstimmung ging nicht zuletzt dank einer übermächtigen Werbeflut der Gemeindebehörden mit 170 Ja- zu 145 Nein-Stimmen knapp verloren.

Der Strohalm «Bundesgericht»

Nach der knapp verlorenen Abstimmung versuchten sich Anwohner mit baurechtlichen Beschwerden gegen das Projekt zu wehren. Dieses Unterfangen blieb aber chancenlos. Kurz nach abgeschlossener Submissionsphase trat dann aber das ein, wovor die Zumiker SVP bereits gewarnt hatte: Noch bevor der Bau begonnen hatte, kam es zu Mehr-

kosten von über einer halben Million Franken. Der Gemeinderat versuchte, die Lücke mit einem zweckgebundenen Nachtragskredit zu stopfen. Das Problem: Die Bewilligung von Gesamtkrediten über fünf Millionen Franken oder mehr obliegt in Zumikon nicht mehr der Gemeindeversammlung, sondern bedingt eine Urnenabstimmung. Ein findiger Jurist aus dem Umfeld der Zumiker SVP erkannte dies und reichte beim Bezirksgericht eine entsprechende Stimmrechtsbeschwerde ein. Erst am Bundesgericht erhielt er recht. Der Gemeinderat hat den Nachtragskredit zu Unrecht gesprochen. Als Konsequenz wurde für den vergangenen Abstimmungssonntag eine erneute Abstimmung, dieses Mal an der Urne, anberaumt. Den Bundesgerichtsentscheid nutzte die Zumiker SVP für eine erste Flyerverteilung in sämtliche Haushalte mit dem Ziel, Mitstreiter und Sponsoren für den bevorstehenden Abstimmungskampf zu gewinnen.

Der Blitz-Abstimmungskampf der SVP Zumikon

Rund zwei Monate vor der Abstimmung setzte sich ein enger Zirkel der Zumiker SVP erstmals zusammen und definierte das Vorgehen für den bevorstehenden Abstimmungskampf. Da Informationsflyer oder öffentliche Auftritte der Zumiker SVP immer damit endeten, dass der Gemeinderat in der Dorfzeitung einen einseitigen «Faktencheck» durchführte oder an eigenen Veranstaltungen die SVP-Inhalte ungefiltert kritisierte, war klar: Der Abstimmungskampf muss schnell, kurz und intensiv sein, und er muss den Gemeinderat und die Befürworter auf dem falschen Fuss erwischen. Eine Woche bevor die

Abstimmungscouverts in die Haushalte kamen, lancierte die Zumiker SVP zusammen mit dem überparteilichen Komitee eine grossangelegte Plakat- und Bannerkampagne (siehe Bild). Die Botschaft unmissverständlich: «Über 5 Millionen für ein Asylzentrum neben dem Kindergarten? – Nein!»

Der Gemeinderat lud drei Tage später zu einem «öffentlichen Informationsanlass», wo die Sorgen und Nöte der Bevölkerung hätten diskutiert werden sollen. Als Austragungsort dieser einseitigen Veranstaltung wurde die bestehende Asylunterkunft im Zumiker Gewerbegebiet gewählt. Die dort lebenden Flüchtlingsfamilien zeigten den knapp 30 «interessierten» Zumikern ihre Unterkunft. Die Dorfzeitung nutzte diese perfekte Inszenierung und schrieb in ihrer Berichterstattung, dass die Flüchtlingskinder in dieser Unterkunft nicht einmal einen Spielplatz vorfinden würden und ein Neubau im Dorf doch für alle viel besser sei.

Am darauffolgenden Tag erhielten die Zumiker Stimmbürger einen ersten Flyer von der SVP, perfekt abgestimmt auf den Versand der Abstimmungscouverts. An mehreren Standaktionen, etwa beim Recyclingzentrum oder an den drei Forchbahnstationen, wurden die Wähler in der Folgewoche mit Flyern, Argumenten, Gipfeli und Schoggistängeli eingedeckt. Mittels Newsletter wurden die gewonnenen Mitstreiter über die Wahlkampfaktivitäten informiert – zu Spitzenzeiten erhielten gut 120 Zumiker Haushalte Mails aus der SVP-geführten Abstimmungszentrale. Die partei eigenen Social-Media-Kanäle erreichten dabei die jüngere Wählerschaft. Der Auftakt war geglückt und die Befürworter mussten konsterniert feststel-

len, dass die Stimmung im Dorf stark ins Nein-Lager kippte.

Die tragische Rolle der FDP

Wie bereits einleitend geschrieben, wurde das Projekt im Zumiker Gemeinderat durch die FDP vorwärtsgetrieben. Zuerst durch den FDP-Liegenschaftsvorstand, der an der Gemeindeversammlung 2023 den SVP-Flyer mit auf die Bühne nahm und in seiner abgehobenen Art der Stimmbewölkerung erklärte: «So machen wir in Zumikon keinen Abstimmungskampf.» Nach dem Bundesgerichtsentscheid erklärte dann der FDP-Gemeindepräsident die Angelegenheit zur Chefsache. Der zuständige Sozialvorstand, SVP, wurde abgemeldet. Der Unmut in der FDP stieg. Fast im Wochentakt gingen bei der SVP Zumikon Voten von strammen FDP-Wählern ein, die das Projekt ablehnten. Eini- gne unterstützen das überparteiliche Komitee gar mit Spenden.

Die FDP-Parteileitung und die Gemeinderäte liessen sich jedoch nicht beeindrucken, machten aber in ihrer Jahresplanung einen kapitalen Fehler. Die Parteiversammlung fand erst eine Woche vor dem Abstimmungstermin statt, weshalb den Befürwortern innerhalb der FDP die Hände gebunden waren. Nachdem dann die FDP-Parteiversammlung ein Ja zur Asylunterkunft beschlossen hatte, rannten einige Parteimitglieder wie von der Biene gestochen mit Flyern und Plakaten durch das Dorf und versuchten die ablehnende Haltung noch zu korrigieren. Während der FDP-Vorstand viel zu spät noch eine Ja-Kampagne bastelte, hatte die FDP-Basis längst ein Nein in die Urne geworfen.

Vollerfolg für die Zumiker SVP

Mit Spannung wurde das Abstimmungsergebnis erwartet. Kurz vor 15 Uhr dann die grosse Erleichterung: Eine deutliche Mehrheit lehnte den Neubau ab. Die Argumente des falschen Standorts neben dem Kindergarten und der ausserordentlichen Kosten verfielen. Weiter war bei diversen Standaktionen auch eine gewisse «Es langet!»-Mentalität zu spüren. Die Argumente der Befürworter in bester «Gutmenschen-Manier» zogen nicht mehr. Die Leute haben genug vom Asylchaos in Bern. Sie haben genug von der immer steigenden Kriminalität und sie haben genug davon, immer mit allen solidarisch sein zu müssen.

So gesehen ist die Zumiker Ablehnung auch als Aufforderung an andere Gemeinden und Städte zu verstehen. Wir müssen uns auf kommunaler Ebene wehren, um die nationale Asylpolitik zu ändern. Baut jedes Dorf die Kapazitäten immer mehr aus, merkt Beat Jans in Bundesbern nicht, dass die Bevölkerung die Last nicht mehr tragen möchte.



Die SVP hat die Zumiker Bevölkerung im Alleingang vor dem Bau eines neuen Asylzentrums bewahrt.

Bild: SVP

SVP BEZIRK MEILEN

Adventszeit und Asylpolitik

Unter diesem Titel referierte Nationalrat Pascal Schmid am vergangenen Samstag im schönen Saal des Hauses Wackerling in Uetikon am See.

Der Saal war festlich dekoriert und bis auf den letzten Platz besetzt – 100 Personen, darunter auch die Nationalräte Thomas Matter und Nina Fehr Düsel sowie die Kantonsräte Tumasch Mischol und Marion Matter. Dass auch Kantonsrat und Parteipräsident Domenik Ledergerber Zeit fand, wurde besonders geschätzt.

Bezirkspräsident Marc Wachter begrüßte die Anwesenden und sang den SVP-Song mit extra für die Nationalräte gedichteten Strophen. Der Refrain wurde vom Publikum mitgesungen. Die Stimmung war sehr gut. Nach der Vorspeise eröffnete Nationalrat Pascal Schmid sein Referat, indem er meinte, es sei nicht ganz einfach, in der Adventszeit über die Asylpolitik zu sprechen. Das biblische Gebot der Nächstenliebe und die Aufnahme von Flüchtlin-

gen seien im Christentum tief verwurzelt. Anderen zu helfen, sei ja auch ein schöner Gedanke. Aber von der Sicherheit spreche niemand – auch in Bern nicht. Das sei absolut verantwortungslos, weil das Asylsystem unserer Bevölkerung immer mehr schade. Und wenn es uns nicht mehr gut gehe, könnten wir auch anderen nicht mehr helfen.

Illusion

Bei der Abstimmung zu den bilateralen Verträgen sprach man von ca. 8000 Leuten, die kämen – es waren aber gut 50 000 pro Jahr! Von den 520 000 Asylanten, die gekommen sind, sind nur 17% Flüchtlinge – geblieben sind aber 60%! Das Budget sah 2021 noch 1500 Millionen Franken (1,5 Milliarden!) Asylkosten vor, 2025 sind es bereits 4000 Millionen

Franken (4 Milliarden!). Auch die Kriminalität nahm in den letzten fünf Jahren mit gut 30% überproportional zu.

Was tun wir? Wir passen uns an – statt umgekehrt. Wir sind zu tolerant – auch mit intoleranten Personen. Unsere christlich geprägten Werte erodieren, z.B. bei Weihnachtsliedern, Kreuzen und Weihnachtsmärkten. Fühlen wir uns bald fremd im eigenen Land? Der Asyltourismus wird akzeptiert und der Missbrauch fast schon belohnt. Der Bundesrat hat keine Strategie und ist nicht bereit zu handeln. In der Verfassung steht klar, dass das Schweizer Volk zuerst kommt und geschützt werden muss. Die Zuwanderung sollte der Schweiz nützen, nicht schaden. Kriminelle, Abgewiesene, illegale und Integrationsunwillige haben in unserem Land nichts verloren!

Endlich handeln

Die Zahlen sind durch Kontrollen zu senken – andere Länder machen es vor: Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und sogar Deutschland merken, dass es fünf Minuten vor zwölf ist und greifen durch. Die SVP hat viele Vorstöße eingereicht, aber alle anderen Parteien scheinen im Winterschlaf zu verharren.

Wir kämpfen weiter – damit unsere schöne Schweiz Schweiz bleibt.

Kantonsrat und Parteipräsident Domenik Ledergerber dankte im Anschluss allen für ihr Engagement für die SVP. Auch wünschte er den Kandidierenden für die kommenden Wahlen alles Gute und viel Glück. Dass er am darauffolgenden Tag den Abstimmungssieg feiern durfte, hatte er mit seinem grossen Einsatz sehr verdient und es war

sicher schon ein kleines Weihnachtsgeschenk. Ebenfalls verdankt wurden die Mitglieder des Ausschusses des Bezirks Meilen: Benno Müller, KR Marion Matter, KR Tumasch Mischol, Alt NR Christoph Mörgeli und die ehemalige Kantonsratspräsidentin Theres Weber,

die diesen wunderschönen und interessanten Abend einmal mehr von A bis Z top organisiert hatte.

Theres Weber,
Alt Kantonsratspräsidentin SVP,
Uetikon am See

BÜROKRATISCHES WIRRWARR IM WEINLAND

Praxisänderung beim Melderecht für Heimbewohner

Eine Praxisänderung beim Melderecht von Heimbewohnern sorgt im Zürcher Weinland für Unmut. Heimbewohner müssen sich neu in der Standortgemeinde anmelden, müssen aber weiterhin von ihrer alten Wohngemeinde unterstützt werden.

RoMü. Die Gemeinden Feuerthalen, Marthalen, Stammheim, Kleinandelfingen und Flaach haben alle etwas gemeinsam: Sie sind die Standortgemeinden für Alters- und Pflegeheime und werden nun bis Ende 2026 infolge einer Praxisänderung beim Melderecht einwohnermässig wachsen.

Gemäss dem kantonalen Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) aus dem Jahr 2015 müssen sich neu seit August 2024 auch Bewohner in Alters- und Pflegeheimen am entsprechenden Heimstandort meldepflichtig erfassen lassen. Die entsprechenden Gemeinden mit einem Heimstandort sind per Ende 2026 angewiesen worden, diese Meldepflichten mit allen beteiligten Verwaltungsstellen zu bereinigen und zu vollziehen. Konkret heisst dies, dass sie in der jeweiligen neuen Heimstandortgemeinde einerseits ihre Steuern zu zahlen haben und andererseits auch allenfalls stimmberechtigt sind.

Mit dem Umzug ändert sich aber bezüglich der Finanzierungszuständigkeiten rund um die Unterstützung und Kostenbeiträge an die Heimaufenthalte nichts. Meldet sich ein Heimbewohner in seiner angestammten Wohngemeinde ab, um sich neu in der Gemeinde mit dem Heim anzumelden, steht diese bisherige Wohngemeinde weiterhin in der finanziellen Pflicht, die Pflege-, Sozialhilfe- und Zusatzleistungen zu tragen. Entsprechend muss in der Regel diejenige Gemeinde, in welcher die betroffene Person vor Eintritt in das entsprechende Heim ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hatte, für diese Kosten aufkommen. Konkret heisst dies, dass die Heimstandortgemeinden neu über die Steuern der Heimbewohner verfügen können, aber keine entsprechenden Kosten haben, welche weiterhin die Herkunftsgemeinde zu tragen hat.

Marthalen könnte trotzdem verlieren

Am Rande der jüngsten Gemeindeversammlung informierte Matthias Stutz, Gemeindepräsident Marthalen, als Standort des Zentrums für Pflege und Betreuung Weinland (ZBPW) über diese nun auch in Marthalen umzusetzenden Vorgaben. «Wir werden entsprechend um 30 bis 45 Einwohner wachsen, ohne dass wir eigentliche Zuzüge verzeichnen», sagte Stutz. Dies heisst für die Bewohner der Zweckverbandsgemeinden Benken, Ossingen, Rheinau, Trüllikon und Truttikon sowie weiterer auswärtiger Gemeinden, dass sie die Heimbewohner als Steuerpflichtige verlieren, aber weiterhin kostenpflichtig sind.

Doch was sich für andere Gemeinden finanziell nachteilig auswirkt und zu Mehrkosten führt, könnte gemäss Stutz unter dem Strich für Marthalen ein Bumerang werden. Im kommenden Jahr erhält die Gemeinde nebst Ressourcenzuschuss auch im Rahmen des geografisch-topografischen Sonderlastenausgleichs weitere 333 852 Franken. Dieser basiert auf der Einwohnerzahl von 1991 Einwohnern und der Gemein-

defläche von 1414 ha. Damit liegt der spezielle berechnete Wert mit 143,28 unter der Vorgabe von 150 Einwohnern pro km².

Dies macht die Gemeinde anspruchsberechtigt und bringt pro Einwohner im kommenden Jahr stattliche 168 Franken. Steigt nun die Einwohnerzahl auch basierend auf den Neuanmeldungen im ZBPW an, so verringert sich dieser Betrag und läuft bei 2121 Einwohnern ganz aus. Eine ähnliche Situation erlebt auch das 2933 Einwohner zählende Stammheim, welches aktuell aus demselben Topf 225 Franken pro Einwohner erhält. Zusätzliche Einwohner im Heim lassen diesen Betrag weiter schrumpfen, wobei bei 3594 Einwohnern auch für Stammheim diese Finanzquelle ganz versiegen wird.

Ehepartner werden getrennt

Muss nun ein Ehepartner ins Heim umziehen, so wird diese Person aufgrund der neuen Bestimmungen dort steuerpflichtig, während der andere Ehepartner weiterhin in seiner angestammten Wohngemeinde seine Steuerpflicht zu erfüllen hat. Hier sieht Matthias Stutz auch ein durchaus menschliches und persönliches Problem, indem man das Ehepaar zwingt, zwei Steuererklärungen auszufüllen, obwohl sie weder getrennt noch geschieden sind.

Zugleich sind aber alle Gemeinden gefordert, sehr rasch ihre Friedhofverordnungen anzupassen. Die normalerweise kostenlose Bestattung erfolgt in der Regel auf dem Friedhof der Wohngemeinde. Mit dem neuen Melderegime muss eine betagte Person ihren Wohnort wechseln und verliert damit das in der Regel in den Friedhofverordnungen festgehaltene Recht, beim Tod in ihrer bisherigen vielfach emotional und familiär vertrauten Wohngemeinde unentgeltlich bestattet zu werden. Hier pocht der Kanton darauf, dass sich die Gemeinden in diesen Fällen kulant zeigen. Zugleich fordern sie diese aber auch auf, in ihren Friedhofverordnungen wunschgemässe Lösungsmöglichkeiten einfließen zu lassen.



Die neue Meldepflicht für Heimbewohner im ZBPW in Marthalen führt dazu, dass die Gemeinde auf beachtliche Mittel aus dem Topf des topografischen Sonderlastenausgleichs verzichten muss. Bild: RoMü



v.l.n.r.: KR und Parteipräsident Domenik Ledergerber, NR Thomas Matter, KR Marion Matter, Bezirksparteipräsident Marc Wachter, NR Pascal Schmid, NR Nina Fehr Düsel und KR Tumasch Mischol.

Bild: zVg

SCHÖNE NEUE STADT ZÜRICH

Huxleys totalitäre Utopie – oder wie ein Werbeverbot den Weg zum Denkverbot ebnet

«Ein wirklich effizienter totalitärer Staat wäre einer, in dem die allmächtige Exekutive eine Bevölkerung von Sklaven kontrollieren kann, die ihre Knechtschaft lieben.» – Aldous Huxley



Jane Bailey
Präsidentin SVP Zürich
Kreis 6
Zürich

Im März hat die linksgrüne Mehrheit im Gemeinderat entschieden: Nach stundenlangen Schwachsinnreden wurde ein Werbeverbot, initiiert von der Alternativen Liste (AL), angenommen. Zürich, eine einst offene und liberale Stadt, macht sich auf den Weg in eine düstere Zukunft. Die Ironie? Die selbsternannten «Verfechter der Toleranz» haben soeben ein Monopol auf öffentliche Wahrnehmung geschaffen.

Irre Argumentationen

Ihre Argumentationen sind so irre wie die eigentliche Motion vom Werbeverbot: Werbung sei zu aufdringlich, zu grell, zu kapitalistisch! Der arme, mündige Verbraucher muss «geschützt» werden vor unerwünschten Inhalten, vor Einflüssen, die nicht ins ideologische Weltbild passen. Natürlich nur zu seinem Besten. Plakate «manipulieren» und «drängen» zum Konsum, ja sogar zum Überkonsum! Die Initianten bezeichnen kommerzielle Werbung als «eine Form von Bevormundung» und fordern gleichzeitig, dass der Staat uns bevormundet, indem er uns «schützt», was wir im öffentlichen Raum sehen dürfen.

Ein weiteres Argument sind natürlich der Umweltschutz und Klimaziele. Aber selbst der Stadtrat gibt zu, dass der Energieverbrauch durch Werbeflächen gerade einmal lächerliche 0,07 Promille des gesamten Stadtverbrauchs aus-

macht – ein Tropfen auf den heissen Stein. Doch für die linksgrüne Bevormunderclique ist jede noch so absurde Verzerrung der Realität gut genug.

Dass die ganze Stadt Zürich mit links-extremen Postern, Aufrufen zu Krawallen und Hetze zugepflastert ist, wird seelenruhig toleriert. Vandalismus in Plakatform? Kein Problem! Denn hier geht es längst nicht mehr um Werbung, sondern um eine ideologische Informationsdiktatur: Wer festlegt, was wir sehen, bestimmt, was wir denken. Diktaturen beginnen alle gleich. Erst wird der öffentliche Raum von nicht genehmen Einflüssen «gesäubert». Dann wird festgelegt, welche Inhalte «erwünscht» sind. Und am Ende gibt es nur noch eine gültige Meinung: die des Staates.

Mutwillige Zerstörung der Wirtschaft

Gleichzeitig zerstört die Stadt mutwillig ihren eigenen Wirtschaftsstandort. Fast 28 Millionen Franken an jährlichen Werbeeinnahmen fallen weg – Geld, das bisher Haltestellen, Infrastruktur und Kultur finanziert hat. Bestehende Verträge bis 2028 können nicht ohne teure Schadenersatzforderungen gekündigt werden. Das Fiasko zahlt am Ende der Steuerzahler. KMU verlieren ihre Werbeflächen, viele geraten in Existenznot. Profitieren werden nur Tech-Giganten wie Meta und Google, denn Online-Werbung bleibt die einzige Ausweichmöglichkeit.

Und genau dieselbe AL will jetzt doch tatsächlich im Wahlkampf jene Plakatlflächen nutzen, die sie der ganzen Stadt verbieten will! Wer Werbung abschaffen will und gleichzeitig selbst darauf zugreifen möchte, liefert den ultimativen Beweis seiner eigenen Dop-

pelmental. Goldbach AG, der Plakatbetreiber, hat die Anfrage abgelehnt – zu Recht! Daraufhin wirft die AL der Goldbach AG «Zensur» und sogar Gefährdung der Meinungsfreiheit vor. Eine Ironie, die man kaum noch toppen kann. Eine Partei, die alle bevormunden will, fühlt sich plötzlich selbst bevormundet. Wie man in den Wald ruft, so schallt es zurück – und genau dann schreien sie am lautesten.

Die Illusion der Wahl, wenn nur noch eine Meinung übrigbleibt

Es gibt ein Buch, das wunderbar erklärt, wie man eine liberale Demokratie gezielt abschafft, denn: «Gedankenfreiheit ist harmlos, wenn die Realität unter Kontrolle ist.» Huxley beschrieb in «Schöne neue Welt» keine Gesellschaft, die mit Gewalt unterdrückt wird, sondern eine, die durch gelenkte Wahrnehmung gesteuert wird. Man muss keine Meinungen verbieten, wenn man die Alternativen verschwinden lässt. 2025 ist das keine Theorie mehr, sondern Realität. Es geht nicht um Umwelt, Psyche oder Schutz, es geht um Kontrolle.

Zürich hat das Licht gelöscht. Willkommen in der schönen neuen Stadt.



Klassische Doppelmoral: Linksgrün will solche Werbeplakate verbieten, selber aber weiterhin Plakatlflächen nutzen. Bild: zVg

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Affoltern am Albis
Samstag, 6. Dezember 2025, bis Sonntag, 7. Dezember 2025, SVP-Stand am Chlausmärt, Obere Bahnhofstrasse, Affoltern am Albis.

Bezirk Meilen/Herrliberg
Freitag, 2. Januar 2026, 14.00 Uhr, Bächtelishöck, Waldhütte, Hüttenweg 30, Herrliberg.

Bezirk Uster/Uster
Dienstag, 9. Dezember 2025, 14.30 – 17.00 Uhr, Nachmittags Höck, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Bezirk Winterthur/Elgg
Freitag, 5. Dezember 2025, 17.00 – 21.00 Uhr, SVP-Stand am Chlausmärt, historischer Dorfkern, Elgg.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zvb.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zvb.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

VERANSTALTUNGEN GEGEN DEN EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen.

Bezirk Andelfingen/Ossingen
Mittwoch, 21. Januar 2026, 19.30 Uhr, Weinhandlung Wiesendanger, Im Berg 3, Ossingen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Montag, 9. Februar 2026, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, Zürichstrasse 2, Hinwil, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 26. März 2026, 18.30 Uhr, Zeughausareal, Berchtoldstrasse 10, Uster, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Martin Hübscher und Pascal Schmid.

Bezirk Uster/Wangen-Brüttisellen
Montag, 26. Januar 2026, 19.30 Uhr, Gsellhof, Schüracherstrasse 10, Brüttisellen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Montag, 23. März 2026, 18.00 Uhr, Zelgitrotte, Seuzacherstrasse 4, Hettlingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 8. Januar 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Schulhaus Altlandenberg, Altlandenbergstrasse 4, Bauma.

Samstag, 21. Februar 2026, 09.00–16.00 Uhr, Jasscup der SVP Schweiz, Breitisaal, Seebnerstrasse 21, Winkel. Weitere Informationen zur Anmeldung folgen.

Gesucht: ZKB-Bankrat

Die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich sucht auf den 1. September 2026 einen ZKB-Bankrat. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Banking: Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Finance: Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Risk Financial Services: Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Marktbearbeitung: Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kundenorganisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Legal/Compliance: Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- IT/Digital: Erfahrungen in diesen Bereichen (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufsseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützung-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:

- Strategie: Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Zusammenarbeit: Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Führung: Erfahrung in Führungsverantwortung
- Change: Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Führungspersönlichkeit auf C-Level oder entsprechendem Potential und mit fundierten Erfahrungen vorzugsweise im Kernbankengeschäft (Retail-Banking, Firmenkundengeschäft und/oder Private Banking)**
- Sie sind Mitglied der SVP und haben Wohnsitz im Kanton Zürich.
- Im Hinblick auf Kontinuität und Nachfolgeplanung sind Sie idealerweise jünger als 53 Jahre

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen. Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben. Einsendeschluss ist der 23. Januar 2026. Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.

BÄCHTELISHÖCK
SVP Herrliberg

2. JANUAR 2026
WALDHÜTTE HERRLIBERG

ab 14.00 Uhr
Musik mit dem Trio Sunneberg Kinderprogramm

14.40 Uhr
Referat von Stefan Millius, Journalist, Kolumnist, Autor und Kabarettist
Ein kabarettistischer, politischer Jahresrück- und Ausblick

anschliessend
Verpflegung: Wurst vom Grill, Kuchenbuffet, Getränke

alle sind herzlich eingeladen -
Eintritt frei

Für eusi Lüüt **SVP** Die Partei des Mittelstandes